

Niederschrift

über die 24. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 24.09.2013 um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Ingrid Bartholomäus

Christof Bleichert

Ursula Brand

Dietmar Busch

Petra Ebbinghaus

Rolf Ebbinghaus

Horst Enneper

Karl-Heinz Fischer

Detlef Graß

Margot Grüterich

Klaus Haselhoff

Bernd-Eric Hoffmann

Olaf Jung

Thomas Klee

Rosemarie Kötter

Ralf-Udo Krapp

Thomas Lorenz

Dietrich Lunderstädt

Dr. Axel Michalides

Arnold Müller

Heide Nahrgang

Werner Nowara

Annette Pizzato

Sabine Plasberg-Keidel

ab 16.10 Uhr

Dr. Jörg Rieger

Uwe Rohde-Müller

Rainer Röhlig

Rolf Schäfer

Udo Schäfer

Christoph Schlüter

Sebastian Schlüter

Axel Schröder

Rolf Schulte

Dietmar Stark

Klaus Steinmüller

Michael Tissarek

Gerd Uellenberg

Peter Fritz Sebastian Ullmann

ab 16.10 Uhr

Annette Verhees

Christian Viebach

Gudrun Weber

Dr. Jörg Weber

Harald Weiss

von der Verwaltung

Ute Butz
Julia Gottlieb
Frank Nipken
Regine Schmidt
Sandra Hilverkus

Schriftführerin

Vanessa Jäger

es fehlt:

Ratsmitglieder

Claus Kanter

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschriften über die Sitzungen des Rates der Stadt: 20. Sitzung am 20.06.2013, 21. Sitzung am 27.06.2013, 22. Sitzung am 13.08.2013, 23. Sitzung am 10.09.2013 (öffentliche Teile)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Untersuchungsauftrag zur Einrichtung eines "Abwasser-Eigenbetriebes" (Antrag der AL-Fraktion vom 12.09.2013) AN/0175/2013
5. Neuregelung des Vertrages mit dem Tierheim Radevormwald und Remscheid BV/0507/2013
6. Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in der Stadt Radevormwald BV/0495/2013
7. Zukünftige Organisation des Rettungsdienstes IV/0397/2013/1
8. Entwurf Dienstanweisung Übertragung Ermächtigungen im Rahmen des Jahresabschlusses (Antrag UWG-Fraktion vom 6. März 2013) BV/0516/2013
9. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 16. Juli 2013 btr. überplanmäßige Bereitstellung Mittel Förderung von Kindern in Kindertagespflege BV/0500/2013
10. Haushaltswirtschaftliche Sperre, Information über getroffene Maßnahmen IV/0404/2013

- | | | |
|-------|--|--------------|
| 11. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen | IV/0402/2013 |
| 12. | Besetzung von Ausschüssen | BV/0521/2013 |
| 13. | Überplanmäßige Mittelbereitstellung Herstellung Sportanlage Schulzentrum | BV/0523/2013 |
| 14. | Mitteilungen und Fragen | |
| 14.1. | Anfrage der ProNRW-Fraktion vom 15.07.2013 | AF/0026/2013 |

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Bürgermeister darauf hin, dass Änderungen bzw. Ergänzungen zur Tagesordnung vorliegen. Der Antrag der AL-Fraktion bzgl. des Abwasser-Eigenbetriebes wird als TOP 4 behandelt. Der TOP „Vertrag über die gemeinsame Nutzung des Sammlers zwischen Remscheid-Lennep und der Kläranlage Radevormwald zwischen der Stadt Remscheid und der Stadt Radevormwald“ entfällt, da dieser Punkt in der letzten Bauausschusssitzung von der Tagesordnung abgesetzt worden ist; die Nummerierung der TOPe ändert sich entsprechend. Als neuer TOP 13 wird der Punkt „Überplanmäßige Mittelbereitstellung Herstellung Sportanlage Schulzentrum“, der eine Verwaltungsvorlage und einen Antrag der AL-Fraktion enthält, eingeschoben. Auch hier ergibt sich die nachfolgende Nummerierung der TOPe entsprechend.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

(Öffentlicher Teil)

- 1. Niederschriften über die Sitzungen des Rates der Stadt:
20. Sitzung am 20.06.2013, 21. Sitzung am 27.06.2013, 22.
Sitzung am 13.08.2013, 23. Sitzung am 10.09.2013 (öffentliche Teile)**
-

Die vorgenannten Niederschriften werden zur Kenntnis genommen.

2. Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister weist die Fraktionen darauf hin, dass bei Umbesetzungen in Ausschüssen darauf zu achten ist, dass zur Einhaltung der Beschlussfähigkeit die Zahl der sachkundigen Bürger die der Ratsmitglieder im Gremium nicht übersteigen darf. Insbesondere bei der Benennung und Entsendung von Vertretern in verschiedene Ausschüsse soll beachtet werden, dass die sachkundigen Bürger keine Ratsmitglieder vertreten können.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

4. Untersuchungsauftrag zur Einrichtung eines "Abwasser-Eigenbetriebes" (Antrag der AL-Fraktion vom 12.09.2013) AN/0175/2013

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion. Er führt an, dass ein Vergleich der Gebühren in Radevormwald mit denen der nahe liegenden Städte Solingen und Wuppertal, die ebenfalls im Wupperverband sind, ergeben hat, dass die Gebühren hier deutlich höher liegen (Radevormwald: 768 €, Solingen: 571 € und Wuppertal: 571 €). In den Jahren 2011,

2012 sowie 2013 lag jeweils eine bilanzielle Abschreibung von ca. 1,8 Mio. € vor. Die Refinanzierungsinvestitionen in 2011 bei 271.000 €, für 2012 waren 565.000 € geplant und für 2013 waren es 410.000 €; dies ergibt eine schwankende Refinanzierungsquote von 15 – 30 %. Er macht deutlich, dass hier ein hohes Maß von Quersubventionierung vorliegt d.h. dass die anfallenden Gebühren nicht ausschließlich für den Abwasser-Bereich genutzt worden sind. Mit der Einführung von NKF hatte man auf eine verbesserte Transparenz gehofft, die jedoch nicht eingetroffen ist. Nach einer entsprechenden Untersuchung, die im Jahre 2000 von einer externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durchgeführt worden ist, wurde dem Rat vorgeschlagen etwa 70 % der damaligen Schulden aus dem Haushalt an einen Abwasser-Eigenbetrieb zu überschreiben. Unabhängig davon hätte der Eigenbetrieb laut dem Untersuchungsbericht bereits in den Jahren 2001, 2002 und 2003 Gewinne erwirtschaften können. Daraus hätten steigende Kosten aufgefangen und die Gebühren gesenkt werden können. Der Rat hatte dies damals abgelehnt und stattdessen die Einführung eines Qualitätsmanagements beschlossen. Dies wurde jedoch nie wieder thematisiert, obwohl beschlossen wurde dem Rat einen Bericht nach 3 Jahren vorzulegen. Abschließend erklärt Herr Ebbinghaus, dass der vorliegende Antrag darauf abzielt den gesamte Bereich und die Gebührenerhebung transparenter für die Bürger zu machen.

Herr Viebach erklärt, dass im Vergleich zu Kommunen ähnlicher Größe keine nennenswert großen Abweichungen bezogen auf die Gebühr bestehen. Er stimmt Herrn Ebbinghaus insoweit zu, als dass eine entsprechende Einführung des Qualitätsmanagements beschlossen wurde aber keine Berichterstattung vorgestellt wurde. Die CDU-Fraktion wird dem Antrag der AL-Fraktion nicht zustimmen, bittet jedoch darum, dass sich in der nächsten Bauausschusssitzung mit dem Qualitätsmanagement beschäftigt wird und die Verwaltung einen näheren Bericht vorlegt..

Der Bürgermeister sagt dies zu und teilt mit, dass ein Qualitätsmanagement seiner Zeit eingeführt wurde und bei Bedarf ergänzt bzw. abgeändert wird.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung einen Untersuchungsbericht zu erarbeiten, der aufzeigt, auf welchem Weg und mit welchen Konsequenzen für die Haushaltssituation der Stadt, der Abwasserbereich aus der allgemeinen Haushaltswirtschaft ausgegliedert und in einen Eigenbetrieb eingebracht werden könnte.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (3 AL, fraktionslos)
40 Nein-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist abgelehnt.

5. Neuregelung des Vertrages mit dem Tierheim Radevormwald und Remscheid

BV/0507/2013

Herr Ebbinghaus möchte wissen, ob der Pauschalbetrag den die Stadt Remscheid zu zahlen hat, bekannt ist.

Herr Knorz erklärt hierzu, dass dies nicht bekannt ist. Der zu zahlende Pauschalbetrag ist abhängig von der Menge der Fundtiere, die vom Tierheim aufgenommen und versorgt werden. Dieser ist verhältnismäßig zu dem Betrag den die Stadt Radevormwald zu zahlen hat.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung zu ermächtigen, einen neuen Vertrag mit dem Tierschutzverein für Remscheid und Radevormwald e.V. zu den genannten Konditionen abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in BV/0495/2013
 der Stadt Radevormwald**

Herr Hoffmann beantragt für die UWG-Fraktion eine Verschiebung dieses TOPs in den Hauptausschuss um die noch bestehenden inhaltlichen Unklarheiten der Satzung zu beseitigen. Speziell wird eine genauere Definition des Begriffes der „Zweitwohnung“ benötigt.

Herr Nipken entgegnet hierauf, dass die Umsetzung zum 01.01.2014 bei Verschiebung der Beschlussfassung zeitlich sehr eng wird. Bezogen auf die Definition des Begriffes „Zweitwohnung“ verweist Herr Nipken auf das Meldegesetz, wo dies genau beschrieben ist.

Herr Hoffmann bringt als Beispiel die Satzung der Stadt Münster, die viel deutlicher formuliert ist. Insbesondere § 2 der Satzung sollte hier noch mal konkreter gefasst werden.

Frau Pizzato befürchtet, dass der damit verbundene Aufwand nicht mehr im Verhältnis zum Nutzen steht. Zudem ist die Stadt Münster nicht mit der Stadt Radevormwald vergleichbar.

Herr Hoffmann macht deutlich, dass für beide Städte dieselben gesetzlichen Rahmenbedingungen gelten. Er regt an, die Satzung aus Münster als Vorlage zu nehmen.

Herr Ebbinghaus erwidert, dass Münster im Gegensatz zu Radevormwald andere Begebenheiten hat. Zum Beispiel leben hier viele Studenten, die in Wohngemeinschaften bzw. in Untermietverhältnissen stehen. Hier gelten andere Voraussetzungen für das Unterliegen der Steuerpflicht. Er ist ebenfalls der Meinung, dass sich der bürokratische Aufwand zur Erhebung nicht wirklich lohnt.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Ebbinghaus erklärt Herr Nipken, dass bei Innehaben einer Zweitwohnung im Feriengebiet Kräwinkel und Vorliegen einer Berufstätigkeit in Radevormwald, der Tatbestand einer berufsbedingten Nebenwohnung zunächst erfüllt ist. Er betont jedoch, dass auch ein bestimmter Familienstand vorgeschrieben ist um von der Steuer befreit zu werden.

Herr Dr. Michalides fragt an, wie hoch der voraussichtliche Personalaufwand zur Erhebung der Steuer sein wird.

Hierzu teilt Herr Nipken mit, dass die Erhebung über den Grundbesitzabgabenbescheid läuft und mit personellem Mehraufwand lediglich bei der Ersterhebung aufgrund diverser Rückfragen und eventuellen Änderungen zu rechnen ist.

Herr Viebach macht klar, dass in der Organisationsuntersuchung im Fachbereich Finanzen festgestellt wurde, dass auch unter Berücksichtigung des Einführens der Zweitwohnungssteuer eine Personaleinsparung erfolgen kann, die vom Bürgermeister vertreten wird. Die CDU-Fraktion wird der Satzung heute zustimmen und die Ersterhebung abwarten. Er stellt fest, dass Satzung auf Antrag geändert und angepasst werden können. So kann auf Gegebenheiten reagiert werden, die sich erst später herausstellen. Abschließend erklärt er, dass mit heutiger Beschlussfassung auch der Kommunalaufsicht vorgegriffen werden soll, die ansonsten die Möglichkeit hat, die Festsetzung der Steuerhöhe durchzuführen, da diese Steuer im 10jährigen Haushaltssicherungskonzept enthalten ist. .

Herr Haselhoff spricht sich grundsätzlich für die Einführung der Zweitwohnungssteuer aus. Er unterstützt jedoch Herrn Hoffmanns Meinung, dass die Satzung inhaltlich klar definiert sein muss, um keine Unklarheiten beim Bürger zu verursachen. Daher sollte dieser TOP noch einmal in den Hauptausschuss verwiesen werden um etwaige Änderungen vorzunehmen.

Herr Schröder unterstützt die Steuereinführung, da zum einen für die Inanspruchnahme der örtlichen Infrastruktur gezahlt werden soll und zum anderen hiermit ein kleiner Beitrag zur Entlastung des Haushaltes geleistet wird.

Herr Ullmann kann den Zusammenhang des Familienstandes im Bezug auf die Steuerpflicht nicht verstehen. Auch der Begriff der „Berufstätigkeit“ sollte genauer in der Satzung erläutert werden. Er wundert sich, dass seitens der UWG-Fraktion heute kein Änderungsantrag, angelehnt an der Satzung aus Münster, gestellt wurde.

Herr Ebbinghaus stimmt den Ausführungen von Herrn Hoffmann zu bezüglich der fehlenden inhaltlichen Erklärungen; insbesondere in § 2 der Satzung.

Auf Nachfrage von Frau Pizzato erklärt Herr Nipken, dass die Steuerpflicht bei Wohnmobilen nur anfällt, wenn diese auch als Zweitwohnsitz angemeldet werden.

Bezugnehmend auf die Frage von Herrn Ullmann teilt Herr Nipken mit, dass der Familienstand nach Rücksprache mit dem Städte- und Gemeindebund in der Satzung verbleiben soll um Steuergerechtigkeit zu erreichen. Sollte man diese Voraussetzung aus der Satzung nehmen, sinkt die Zahl der Steuerpflichtigen. Zudem kann dann die Frage gestellt werden, warum eine allein stehende Person diese Wohnung nicht als Erstwohnsitz nutzt.

Frau Ebbinghaus befindet die Satzung für sehr undifferenziert und lückenhaft. Es gibt auch eine Vielzahl von Umständen, die das Innehaben einer Zweitwohnung nötig machen. Diese sollten in der Satzung berücksichtigt werden.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Antrag der UWG-Fraktion.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt diesen TOP zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:	10 Ja-Stimmen	(1 SPD, 6 UWG, 3 AL)
	32 Nein-Stimmen	(16 CDU, 9 SPD, 5 FDP, fraktionslos, Bürgermeister)
	2 Enthaltungen	(2 proNRW)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über den Verwaltungsvorschlag.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die anliegende Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer.

Abstimmungsergebnis:	31 Ja-Stimmen	(15 CDU, 10 SPD, 5 FDP, Bürgermeister)
	9 Nein-Stimmen	(1 CDU, 5 UWG, 3 AL)
	4 Enthaltungen	(1 UWG, 2 proNRW, fraktionslos)

7. Zukünftige Organisation des Rettungsdienstes

IV/0397/2013/1

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Verhandlungen mit dem Kreis zwischenzeitlich zum Abschluss gebracht werden konnten und die notwendigen Unterlagen vorliegen. Die Vereinbarung beinhaltet u.a. die Regelung, dass die Rettungswache zunächst für die noch bestehende Mietdauer von 5 Jahre die Räumlichkeiten in der Dietrich-Bonhoeffer-Straße nutzt. Diese Regelung ist vorbehaltlich etwaiger Umstände die ein Wechseln der Räumlichkeiten notwendig machen. Die Miethöhe beträgt 6,50 €/qm und es wurde eine Nebenkostenpauschale von 550 €/Monat festgelegt. Die Dienstmittel wurde zu dem von der Verwaltung ermittelten Betrag von 200.000 € übernommen. Die Übertragung des Rettungsdienstes erfolgt zum 01.01.2014. Das Personal betreffend wurde bereits in der letzten Hauptausschusssitzung ausgeführt, dass laut Wehrführung 4 Kräfte zur Aufrechterhaltung des Brandschutzes benötigt werden. In der Feuerwache verbleiben nach Übernahme der tarifbeschäftigten Angestellten durch den Kreis, 5 hauptamtliche Feuerwehrbeamte zzgl. einer Beamtenanwärterin. Die Auswirkungen auf den Haushalt stellen sich wie folgt dar: Der Ansatz für die Personalkosten im Brandschutzbereich muss von 255.000 € um 100.000 € erhöht werden. Die Kosten für den Rettungsdienst können von einem erwarteten Defizit von ca. 100.000 € auf 0 € gesetzt werden. Die Änderungen wirken sich daher insgesamt haushaltsneutral aus.

Frau Ebbinghaus möchte wissen, wer für die Bereitstellung der Notärzte zuständig ist und wo diese stationiert sind.

Der Bürgermeister führt an, dass die Notärzte und die Fahrer vom Kreis eingestellt werden und in Radevormwald stationiert sind.

Herr Ebbinghaus hält die Vorhaltung der Notarztbereitschaft rund um die Uhr für nicht wirtschaftlich. Er hinterfragt auch den Grund, warum Feuerwache und Rettungsdienst zu trennen sind. Hier gäbe es schließlich sich überschneidende Aufgaben.

Hierzu erklärt der Bürgermeister, dass die Rettungs- und Feuerwache keine sich überschneidenden Aufgaben haben; es gab lediglich eine gemeinsame Immobiliennutzung. Abschließend betont er, dass die Bereitstellung der Notärzte und der Fahrer durch den Kreis aus Sicht der Kostenträger viel wirtschaftlicher ist, als dass Radevormwald diese Aufgabe selbst übernimmt.

Herr Rolf Schäfer erinnert noch einmal an den Brandschutzbedarfsplan. Durch die Übergabe an den Kreis ergibt sich eine haushaltskostenneutrale Aufstockung der Feuerwehrkräfte, die sich positiv auf den Brandschutzbedarfsplan auswirkt.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Vereinbarung zum Übergang des Rettungsdienstes der Stadt Radevormwald auf den Oberbergischen Kreis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Entwurf Dienstanweisung Übertragung Ermächtigungen BV/0516/2013
im Rahmen des Jahresabschlusses (Antrag UWG-
Fraktion vom 6. März 2013)**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Dienstanweisung zur Übertragung von Ermächtigungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 16. Juli 2013 btr. überplanmäßige Bereitstellung Mittel Förderung von Kindern in Kindertagespflege BV/0500/2013

Auf Nachfrage von Frau Ebbinghaus erklärt Frau Butz, dass die überplanmäßige Bereitstellung der Mittel für die Einrichtung der Kindertagesbetreuung von unter 2jährigen zurückzuführen ist.

Es folgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 16. Juli 2013 bezüglich der überplanmäßigen Bereitstellung Mitteln zur Förderung von Kindern in der Kindertagespflege.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Haushaltswirtschaftliche Sperre, Information über getroffene Maßnahmen IV/0404/2013

Herr Nipken erläutert die Verwaltungsvorlage. Aus heutiger Sicht kann das geplante Ergebnis für 2013 weiterhin erreicht werden.

Herr Viebach hinterfragt die freigegebene Investition für den Kanalbau Hahnenberg. Hierfür wurde jeweils in den Jahren 2011, 2012 und 2013 ein Ansatz im Haushalt gebildet. Die Bürger warten seit dem auf den Baubeginn. Es ist unverständlich, dass die Verwaltung Investitionen freigibt, ohne den Zeitpunkt des Baubeginns zu kennen; dies ist keine solide Haushaltspolitik. Er bittet darum eine Vergabe so lange nicht zu tätigen, bis der Baubeginn fest-

steht. Hierzu sollte dann auch eine bessere Absprache zwischen Kämmerei und Dezernat III stattfinden.

Herr Nipken teilt mit, dass diese Position in den Haushaltsplanberatungen 2014 mit dem Fachbereich Tiefbau abgestimmt worden ist. Die gesamte Maßnahme ist mit einem Ansatz von 400.000 € beziffert worden. Die freigegebenen 50.000 € sind Planungskosten; der Bau soll 2014 stattfinden.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann erklärt Herr Nipken, dass die Restbeträge für die Grundschule Blumenstraße gesperrt worden sind um hier einem Missbrauch durch Querdeckung vorzubeugen. Des Weiteren führt er aus, dass die veränderten Beträge bei den Veräußerungen durch Mehreinnahmen bei Grundstücksverkäufen resultieren. Die Mehrkosten für die Sanierung Bürgerhaus rühren aus einer Ermächtigungsübertragung.

Herr Ebbinghaus fragt an, woher die Einsparungen im Bereich des Schulschwimmens kommen.

Hierzu macht Herr Nipken klar, dass die Einsparungen beim Schulschwimmen durch die niedrigere Anzahl der Schüler, die am Schulschwimmen teilgenommen haben resultieren.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Ebbinghaus erklärt Frau Butz, dass die Sperrungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe darauf zurückzuführen sind, dass durch die präventiven Maßnahmen ein deutlicher Rückgang der Inanspruchnahme dieser Leistungen festzustellen ist. Es ist derzeit davon auszugehen, dass der Ansatz nicht vollständig aufgebraucht wird.

11. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen IV/0402/2013

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus führt Herr Nipken aus, dass die überplanmäßigen Kosten im Bereich Prüfung, Beratung und Rechtsschutz von 21.000 € auf die Anwaltskosten für die Kanzlei Rössner zurückzuführen sind, die die Stadt in dem Rechtsstreit in der Sache „Derivat-Verträge“ vertreten.

Der Rat nimmt die beiliegende Liste zur Kenntnis.

12. Besetzung von Ausschüssen BV/0521/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der AL-Fraktion Frau Barbara Haering als beratendes Mitglied des Seniorenbeirates und Herrn Christopher Ebbinghaus als stellvertretendes beratendes Mitglied.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der AL-Fraktion Herrn Rolf Ebbinghaus als stellvertretendes Mitglied des Wahlausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der SPD-Fraktion Frau Ivonne Kepp als Mitglied des Jugendhilfeausschusses für Frau Ursula Hebrock.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der SPD-Fraktion Frau Ursula Hebrock als Mitglied des Ausschusses für Eigenbetriebe und Beteiligungen für Herrn Dietmar Stark.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der SPD-Fraktion Herrn Nils Paas als Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr für Frau Rosemarie Kötter.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der UWG-Fraktion Herrn Klaus Haselhoff als Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr für Herrn Burkhard Wigge.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der UWG-Fraktion Herrn Burkhard Wigge als Mitglied des Ausschusses für Schule und Kultur für Herrn Klaus Haselhoff.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der FDP-Fraktion Herrn Jörg Schürmann als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Sport, Soziales und Tourismus für Herrn Siegfried Reise.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der FDP-Fraktion Herrn Christof Bleichert als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Schule und Kultur für Frau Christa Heilmann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Überplanmäßige Mittelbereitstellung Herstellung Sport- BV/0523/2013
anlage Schulzentrum

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion. Aufgrund der aktuellen Finanzlage sollten Investitionen gut überlegt werden. Er betont, dass es derzeit eine Vielzahl von Variablen im städtischen Haushalt gibt. Hier sind z.B. das Projekt Wülfig, der Rechtsstreit bezüglich der Derivate, das Innenstadtkonzept sowie die noch nicht abzusehenden Kosten für die Errichtung der Sekundarschule zu benennen. Es wird mehr finanzieller Spielraum benötigt um auf spontane Ereignisse und Erforderlichkeiten zu reagieren. Aufgrund des noch nicht begonnenen Baus der Sportanlage ist ein vorübergehender Verzicht noch möglich und in Anbetracht der Tatsachen ratsam. Abschließend erklärt er, dass eine geheime Abstimmung beantragt wird um den öffentlichen Druck von den Ratsmitgliedern zu nehmen.

Herr Hoffmann weist darauf hin, dass die Sportanlage insbesondere im Hinblick auf die neue Sekundarschule sinnvoll und gewollt ist. Er versteht die Haltung von der AL-Fraktion hierzu nicht. Zudem ist der Beschlussentwurf 2 des Antrags auf Finanzierung der Mehrkosten aus dem Projekt selbst, nicht nachvollziehbar.

Herr Viebach macht deutlich, dass von den Fraktionen zu anfangs darauf hingewirkt wurde Abspeckungen bei der Ausstattung der Sportanlage zu machen um Einsparungen zu erzielen.

Herr Stark betont, dass die Bürger ein Recht darauf haben, sich auf beschlossenen Grundsatzentscheidungen des Rates zu verlassen. Hierzu gehört auch der Bau der Sportanlage.

Herr Udo Schäfer spricht sich ebenfalls für den Bau der Sportanlage aus.

Herr Schröder macht klar, dass die FDP-Fraktion bereits seit 15 Jahren für eine neue Sportanlage kämpft und den Antrag der AL-Fraktion nicht nachvollziehen kann.

Der Bürgermeister erklärt zum Abstimmungsverfahren, dass eine geheime Abstimmung nach der GO NRW und der Geschäftsordnung des Rates nur dann durchgeführt wird, wenn mindestens 1/5 der Ratsmitglieder dies beantragen. Da die erforderliche Zahl nicht vorliegt, wird offen abgestimmt.

Es folgt zunächst die Abstimmung über den Beschlussentwurf 1 der AL-Fraktion.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt ein Moratorium für das Projekt „Neubau einer Sportanlage an der Hermannstraße“. Das Projekt soll solange nicht weiter verfolgt werden, bis die Wagnisse der jetzigen Haushaltssituation überschaubar geworden sind und die Kosten des Sportplatzneubaus ohne zusätzliche Steuererhöhungen und zusätzliche Einsparungen bei den Schulen finanziert werden können.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (3 AL, fraktionslos)
 40 Nein-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Ebbinghaus nimmt Stellung zum Beschlussentwurf 2 des AL-Antrags. Er hält z.B. eine Flutlichtanlage in Anbetracht dessen, dass die Sportanlage für den Schulsport genutzt werden soll für nicht notwendig. Zumal hat er formale Bedenken, was die Deckung der Mehrkosten durch den diesjährigen Verzicht auf die Kanal-Inlinersanierungen betreffen. Da dies aber lediglich verschoben wird, fehlen die 50.000 € zu anderer Zeit. Herr Ebbinghaus geht zudem davon aus, dass mit dem Baubeginn der Sportanlage dieses Jahr nicht mehr zu rechnen ist. Aus diesem Grund ist es nicht klar, warum schon jetzt überplanmäßige Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen; dies könnte bei Bedarf gemacht werden.

Herr Nipken erklärt hierzu, dass es durchaus möglich ist, die überplanmäßige Bereitstellung im nächsten Jahr vorzunehmen, Es war jedoch gewollt, dass transparent und damit haushaltstechnisch richtig gehandelt wird. Er macht klar, dass sich eventuelle noch Einsparungen aus dem Projekt ergeben können, dies aber nicht sicher ist.

Es folgt nun die Abstimmung über den Beschlussentwurf 2 der AL-Fraktion.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, die im Zuge des Sportplatzneubaus an der Hermannstraße alle anfallenden Mehrkosten aus dem Projekt selbst zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (3 AL, fraktionslos)
40 Nein-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über den Verwaltungsvorschlag.

Beschluss:

Der Rat beschließt, für das Produkt 1.08.01, Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen, Projekt 5000048, Herstellung Sportanlage Schulzentrum, 51.668,33 € überplanmäßig bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 5 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)
4 Nein-Stimmen (3 AL, fraktionslos)

14. Mitteilungen und Fragen

a)

Herr Ullmann bringt eine Beschwerde zum Sitzungsablauf vor. Er bemängelt, dass ihm nicht die Möglichkeit gegeben worden ist zu TOP 6 einen Änderungsantrag vorzubringen. Er möchte, dass die Abstimmung über seinen Änderungsantrag nun durchgeführt wird.

Der Bürgermeister räumt ein, dass es durchaus sein kann, dass einzelnen Anfragen nicht direkt oder rechtzeitig zur Kenntnis genommen werden können und entschuldigt sich dafür. In diesem Fall ist eine Durchführung der beantragten Abstimmung jedoch rechtlich nicht mehr möglich, da während der Abstimmung über einen TOP die Beratungen nicht wieder aufgenommen werden dürfen. Des Weiteren dürfen unter dem TOP „Mitteilungen und Fragen“ keine Abstimmungen vorgenommen werden. Er macht den Vorschlag, dass Herr Ull-

mann sich eine Fraktion sucht um einen entsprechenden Antrag für die nächste Sitzung zu stellen.

b)

Herr Lorenz appelliert an die Fraktionen sich über eine mögliche Unterstützung des Karnevalsumzuges zu beraten. Dieser ist nämlich aufgrund der geringen Nachfrage in Gefahr. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn die Fraktionen dazu einen Teil beitragen um dieses Veranstaltung aufrechtzuerhalten.

Herr Stark begrüßt das Engagement von Herrn Lorenz und sagt gleichzeitig zu, dass die SPD-Fraktion sich hiermit beschäftigen wird. Er erinnert an den Ältestenrat, der viele Jahre an dem Karnevalsumzug teilgenommen hat und nach deren Auflösung dies von der SPD-Fraktion weitergeführt worden ist.

14.1. Anfrage der ProNRW-Fraktion vom 15.07.2013**AF/0026/2013**

Der Bürgermeister nimmt Stellung zu der vorliegenden Anfrage der proNRW-Fraktion. Er erklärt, dass auf dieser Veranstaltung durch Herrn Ruhland festgestellt wurde, dass sich dort Personen aufgehalten haben, die in einem gewissen Zusammenhang mit der Thematik stehen. Er hat diesen gegenüber dann geäußert, dass sie nicht erwünscht sind. Die Verwaltung hat hier keine Handhabe, da dies keine städtische Veranstaltung war.

Herr Udo Schäfer betont, dass der ausgesprochene Platzverweis nicht akzeptabel ist und im Gegensatz zur betonten Toleranz dieser Veranstaltung steht.

Ende des öffentlichen Teils: 17.55 Uhr

Dr. Josef Korsten
Vorsitzender

Vanessa Jäger
Schriftführerin